



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Eröffnung und Einführung

UVNord-Präsident Uli Wachholtz

Unternehmertag Nord
(12:00 Uhr)

Dienstag, 7. Juli 2015, 12:00 Uhr,
Kieler Schloss, Wall 74, 24103 Kiel

„Verkehrsinfrastruktur – Motor für Wachstum und Beschäftigung!“

unter diesem Generalthema steht der heutige Norddeutsche Unternehmertag, zu dem ich Sie hier im Kieler Schloss alle sehr herzlich begrüße.

Die Mitgliedsverbände von UVNord, Präsidium, Vorstand sowie unser Hauptgeschäftsführer freuen sich, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Mit Ihrer Teilnahme am Unternehmertag signalisieren Sie Solidarität mit UVNord und natürlich Interesse an dem heutigen Thema.

Für beides danke ich Ihnen – auch im Namen unseres Kooperationspartners, der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Herzlich willkommen!

Ein besonderer Gruß gilt unseren Ehrengästen, die heute zu uns sprechen werden, nämlich

- dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Torsten Albig,
- dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt,
- dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Reinhard Meyer sowie
- dem Vorsitzenden des Vorstands der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Erk Westermann-Lammers!

Aus der großen Schar unserer prominenten Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, von den Universitäten, Hochschulen, Kirchen, Medien, den Gewerkschaften, der Polizei, der Feuerwehr und von der Bundeswehr begrüße ich

- die Abgeordneten des Deutschen Bundestages,
- die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft,
- die Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages, stellvertretend für alle Landtagspräsident Klaus Schlie und den Oppositionsführer Daniel Günther,
- die Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesregierung und des Hamburger Senats, sowie die Vorsitzenden der in der Hamburger Bürgerschaft und der im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien, namentlich
 - Ingbert Liebing, CDU,
 - Dr. Ruth Kastner und Arfst Wagner von Bündnis 90/Die Grünen
 - und Christian Thiessen von der Piratenpartei.

Zu den Stammgästen unserer Unternehmertage zählten in der Vergangenheit – und so auch heute

–

- die Damen und Herren Stadtpräsidenten,
- Oberbürgermeister, Kreispräsidenten und Landräte,
- die Bezirksamtsleiter,
- sowie die vielen weiteren kommunalen Vertreter aus Hamburg und Schleswig-Holstein, für die ich – stellvertretend für alle – begrüße den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, Ulf Kämpfer.

Ein besonderer Willkommensgruß gilt aber auch den vielen anwesenden Vertretern des Diplomatischen Korps aus Hamburg und Schleswig-Holstein. Für die uns befreundeten Kammern und Verbände begrüße ich stellvertretend für alle den Ehrenpräsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages Konsul Prof. Dr. Hans-Heinrich Driftmann!

Und zu guter Letzt heiÙe Sie alle, meine Kolleginnen und Kollegen aus den Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein willkommen. Sie alle repräsentieren die Gemeinschaft von UVNord. Mit 84 angeschlossenen Mitgliedsverbänden, mehr als 41.000 Unternehmen in beiden Bundesländern, in denen 1,55 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden, erreicht UVNord erneut in diesem Jahr einen Mitgliederrekord.

Ihnen allen – und all jenen, die ich in meinem Begrüßungskatalog möglicherweise nicht erfasst habe, ein herzliches Willkommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der heutige Unternehmertag fällt in eine höchst bewegte Zeit. Mit Freude blicken wir auf ein wirtschaftlich gutes 1. Halbjahr für unsere Betriebe in Hamburg und in Schleswig-Holstein zurück. Das erfolgreiche Agieren unserer Unternehmen schlägt sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt nieder, wie die am vergangenen Dienstag veröffentlichten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigen.

Und dennoch werden aktuell die Schlagzeilen in Deutschland, und auch unsere Befindlichkeit von anderen Themen bestimmt, Themen die uns allen zunehmend Sorgen bereiten. Internationale Krisen,

- allen voran der für uns unfassbare IS-Terror im vorderen Orient, und der nicht zuletzt daraus resultierende hohe Zustrom von Flüchtlingen nach Europa und Deutschland.
- Die Euro- und Finanzkrise, mit der Tragödie in Griechenland,
- oder die nun schon lang anhaltende Ukraine Krise,

zeigen, wie brüchig Frieden, Stabilität, Demokratie, Menschenrechte, aber auch Presse- und Meinungsfreiheit geworden sind,- Werte und Normen, die uns bislang als so selbstverständlich erschienen.

Dass die in unserer europäischen Kultur tief verwurzelten Menschenrechte nun an ihren Rändern, in der Ukraine und im vorderen Orient einfach ignoriert werden, das hätten wir vor wenigen Jahren noch für undenkbar gehalten. Und bei nüchterner Betrachtung haben wir leider kurzfristig wenig Chancen, eine nachhaltige Besserungen der Lebensbedingungen in diesen Ländern zu bewirken.

Umso mehr müssen wir aber diejenigen, die zu uns flüchten, herzlich aufnehmen – ich vermeide bewusst das Wort Willkommenskultur –wir sollten sie schnellstmöglich in unsere Gesellschaft integrieren, ihnen Ausbildung, Arbeit und Teilhabe an unserer Gesellschaft anbieten und ermöglichen.

Das gelingt am besten durch schnelle Entscheidungen zum Status, durch Orientierung und Ausbildung, vor allem Vermittlung von Deutsch als Sprache, und durch eine zügige Integration in die Arbeitswelt. Monatelange Aufenthalte in Lagern – wie sie jetzt noch die Regel sind – ohne Arbeit, ohne konkrete Bescheide sind für unser Selbstverständnis nicht angemessen. Aber die Erkenntnis, dass wir an dieser Stelle besser werden müssen, sie wächst.

Gute Ansätze gibt es bereits im Bund, auch wenn - gerade vor dem Hintergrund einer Vielzahl unterschiedlicher Aufenthaltstitel – noch einiges an Hausaufgaben gemacht werden muss, damit unsere Betriebe diese zum Teil sehr qualifizierten Menschen schneller aufnehmen können. Es kann und darf nicht angehen, dass wir Asylanten mitten in beruflicher Ausbildung wieder wegschicken.

Hier, in unserem Land, in Schleswig-Holstein gibt es aber Positives zu berichten und ich danke Ministerpräsident Torsten Albig ausdrücklich, dass er es geschafft hat, alle Verantwortungsträger im Rahmen des Flüchtlingspaktes zusammenzuführen, und zu gemeinschaftlichem, abgestimmtem Handeln zu bewegen.

Gemeinsam schaffen wir es. Wie nach dem 2. Weltkrieg, als mehr als eine Million Menschen in Schleswig-Holstein eine neue Heimat fanden – und diesem Land hat es erkennbar gutgetan. UVNord jedenfalls, die Wirtschaft im Norden, wird sich an der Umsetzung weiterhin nach Kräften beteiligen und ich betone gerne auch heute noch einmal, es sind in erster Linie humanitäre Motive, die uns in dieser Frage bewegen, aber wir verhehlen auch nicht, dass wir volkswirtschaftlich wie betriebswirtschaftlich unsere immer drängenderen Demografie-Probleme mit solchem Zuzug mindern können.

Auch die Folgen der Sanktionsspirale mit Russland spüren unsere Unternehmen. Ja, die Einbußen sind deutlich spürbar, es knirscht bei betroffenen Unternehmen gerade hier an der Küste vernehmbar, und für viele Betriebe ist der Umsatzausfall nicht 1:1 kompensierbar. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft mahnt deshalb zu Recht, den Dialog mit Russland nicht abreißen zu lassen. Ja, natürlich ist auch das richtig, aber für uns, für die Wirtschaft, gilt hier eindeutig das Primat des Staates; und politisch wie gesellschaftlich stehen Menschenrechte und Völkerrecht über Wertschöpfung und Handelsbeziehungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dieser Tage hält uns Griechenland einmal mehr in Atem. Am Sonntag haben die Griechen nein gesagt. Nicht zu Europa, sondern „nein“ dazu, selbst mit Reformen und Strukturänderungen wieder wettbewerbsfähig zu werden. Schon beim UVNord-Neujahrsempfang in Hamburg habe ich deutlich gemacht, dass es für Europa nicht darum gehen kann, Griechenland um jeden Preis in der Währungsunion zu halten. Solidarität ist die eine Seite der Medaille, Verantwortung die zweite. Wir alle wären doch froh, wenn es gelänge, in Griechenland wieder Wertschöpfungsketten aufzubauen,

- die den Griechen ein Leben in Wohlstand ermöglichen,
- wenn es z.B. in Griechenland gelänge, die Steuern einzutreiben,
- und wenn es gelänge, z.B. die Renten oder auch die Bürokratie auf das durchschnittliche europäische Niveau abzusenken.

Dann wäre auch ein Verbleib im Euro wahrscheinlicher, als mit einer Regierung, die sich ausschließlich aufs Tricksen verlegt hat, häufig die Wahrheit verdreht, und meint, mit der Spieltheorie den Rest von Europa über den Tisch ziehen zu können.

Unser Kredite werden wir so oder so abschreiben müssen, das war auch vor fünf Jahren eigentlich schon klar. Mit dem Euro, auch das ahnt heute nahezu jeder, kommt Griechenland auf keinen grünen Zweig, dazu stimmen Geldwert und Wertschöpfung in Griechenland zu wenig überein, was bleibt als Lösung, wäre eine Parallelwährung – oder ein Austritt aus dem Euro. So sehr so ein Austritt Griechenlands, vor allem politisch, zu bedauern wäre – die Folgen für die Länder der Eurozone und für die Finanzmärkte sind heute verkraftbarer als noch vor 5 Jahren. Was wir nicht verkraften, ist ein Weiter-so, wie in den vergangenen fünf Jahren.

Das gilt aber nicht nur für Griechenland, das gilt auch für die EU und die Eurozone, wir brauchen Reformen, die eine einheitliche Währung rechtfertigen. Arbeitsmärkte, Steuersystem, Sozialleistungen und auch die Bildungssysteme müssen reformiert werden, wenn Europa nicht Stück für Stück wieder auseinanderfallen soll. Europa insgesamt muss reformfreudiger werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
so sehr uns die weltpolitischen Geschehnisse, die Ereignisse in Europa beschäftigen, so sehr wächst in der deutschen Wirtschaft die Sehnsucht nach kalkulierbaren politischen Rahmenbedingungen. Ich glaube, wir im Raume hier sind uns einig, dass die Große Koalition in Berlin diese Sehnsucht bislang noch nicht vollständig erfüllen konnte. Mütterrente, Betreuungsgeld, abschlagsfreie Rente mit 63, gesetzlicher Mindestlohn, das Einführen von Frauenquoten – all das und mehr waren bislang alles andere als Zuversicht stiftende Signale für die deutsche Wirtschaft!

Auch das – sehen Sie mir diesen Ausdruck bitte nach – „Gewürge“ um die Reform der Erbschaftsteuer nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts lässt nichts Gutes vermuten.

Kein anderes Land in Europa hat so viele familiengeführte Mittelstandsunternehmen wie unsere Nation. Und diese brauchen klare Verschonungsregeln, die einen Generationswechsel möglich machen, ohne dass das Unternehmen und die Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Gestern haben sich die Koalitionsspitzen auf ein Vorgehen geeinigt, wir kennen den Inhalt dieser Einigung noch nicht, zu lesen ist, dass wenigstens die Grenzwerte für die Bedürfnisprüfung angehoben werden. Ob das aber reicht, um auch die größeren Mittelständler zu erhalten, weiß ich nicht, das Handelsblatt nennt das heute Morgen „kosmetischen Feinschliff, der nichts ändert“, daher appelliere ich an dieser Stelle auch an die Abgeordneten des deutschen Bundestages, eindeutige und klare Verschonungsregeln für das Betriebsvermögen durchzusetzen.

Diese sind kein Steuerprivileg – wie es so häufig und fälschlicherweise kolportiert wird, sondern eine Selbstverständlichkeit in allen Industrienationen, mit denen unsere Unternehmen im Wettbewerb stehen. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir es mit dem teuersten Gut bezahlen, das wir haben – nämlich mit Arbeitsplätzen!

Das gilt auch für die Energiewende, wo gerade beim Gipfel der Parteichefs für dringend gebrauchte Stromleitungen und Backup für die Stromerzeugung wieder einmal teuerste Kompromisse gefunden wurden, und wiederum zulasten der Gebühren, das fällt weniger auf, als die für diese Art Lösung fällige Steuerfinanzierung, die aber für die Politik in Berlin unbequem wäre. Wir wissen, dass dieser Weg nur zu kurzfristig ist und auch Arbeitsplätze kosten wird.

Aber auch die Landespolitik im Norden könnte ihre Anstrengungen mit Sicherheit an der einen oder anderen Stelle noch verstärken, um Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu stiften. In Hamburg setzt der Senat mit dem neuen und alten Ersten Bürgermeister die bisherige und durchaus mittelstandsfreundliche Politik fort, nun in Koalition mit den Grünen, die in HH unsere wesentlichen Themen unterstützen, sei es

- bei Olympia,
- dem Ausbau des Hamburger Straßennetzes (bis auf die Radwege)
- und, so es die Gerichte zulassen,
einer zügigen Umsetzung der Fahrrinnenanpassung der Elbe.

Für beide Länder, HH und SH, gibt es erfreuliche Anzeichen, dass die Zusammenarbeit mehr Fahrt aufnimmt,

und in Schleswig-Holstein nimmt sich die Regierung derzeit mit Schwung der schon genannten gesellschaftspolitischen Themen an, Themen wie die Flüchtlingsfrage, die demografische Entwicklung, und die Implementierung einer Fachkräfteinitiative. Alles Themen, die aktuell auch für die norddeutsche Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielen.

Dies kann helfen, bisherige Gesetze ein Stück weit in den Hintergrund treten zu lassen, die nicht immer Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Lande förderlich waren. Daher möchte ich heute auch bewusst nicht darauf hinweisen, dass uns

- das Tariftreue- und Vergabegesetz,
- der höchste bundesdeutsche Landesmindestlohn von 9,18 €,
- die Anhebung der Grunderwerbsteuer auf einen bundesdeutschen Spitzenwert von 6,5 %,
- das gemeinsam mit Hamburg auf den Weg gebrachte Korruptionsregister,
- die Diskussion um die Einführung einer Pflegekammer,

Biotopkartierungen und Riff-Meldungen am Fehmarnsund,

dass uns all diese Themen nicht gerade euphorisiert haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir wollen nicht nach hinten, sondern lassen Sie uns nach vorne blicken! Einer der Grundpfeiler für Wachstum und Beschäftigung ist eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur. Hier haben wir im echten Norden – nicht nur gefühlt – erheblichen Nachholbedarf! Erfreulich funktioniert der derzeitige Ausbau der A7, der überwiegend reibungslos verläuft, zumindest aber mit viel weniger Staus als befürchtet. Es scheint sich die Installation des A7-Koordinators, den UVNord lange gefordert hatte, doch wirklich zu bewähren.

Natürlich wäre es besser und richtiger gewesen, wenn vor dem Ausbau der A7 zuvor die A20 – einschließlich einer Elbquerung westlich von Hamburg bei Glückstadt – vollendet worden wäre. Aber auch für diese A20 bemüht Schleswig-Holstein sich, die Planungen voranzutreiben. Für ein wichtiges Teilstück südlich der Elbe, der A26, hat es gerade in der vergangenen Woche eine Einigung zwischen HH und den Umweltverbänden für eine Trassenführung gegeben, nun muss die A20 selbst für uns im Fokus stehen.

Sehr geehrter Herr Bundesverkehrsminister, lieber Herr Dobrindt,

die Region von Unterelbe und Westküste fühlt sich nicht nur, nein, sie ist tatsächlich seit Jahren infrastrukturell abgehängt. Wir haben immer mehr Unternehmen, vor allem natürlich Logistiker, die klar sagen, dass sie Zukunftsinvestitionen künftig südlich der Elbe umsetzen. Der Elbtunnel ist das Nadelöhr, das schon seit Jahren für Logistiker wegen Dauerstaus nicht mehr kalkulierbar ist, und kommt dann der Verkehr der Fehmarnbeltquerung dazu, dann muss die A20 unter der Elbe durch fertig sein, sonst geht rund um Hamburg gar nichts mehr.

Ein derzeit noch viel aktuelleres Problem stellt die Verkehrssituation in der Mitte unseres Landes, im Kreis Rendsburg-Eckernförde dar, und auch diese Situation hat nicht nur regionale, sondern bundesweite Auswirkungen. Nachdem festgestellt worden ist, dass die Rader Hochbrücke der A7 über den Nord-Ostsee-Kanal nur noch eine Restlebensdauer von weniger als 11 Jahren aufweist, nachdem Teilsperren und Geschwindigkeitsbegrenzungen über Wochen zu einem Verkehrschaos führten, freuen wir uns jetzt zumindest darüber, dass die DEGES die Planung übernimmt - und ein 1:1-Ersatzbau im Rahmen der noch vorhandenen Restlebensdauer als möglich darstellt. Ich will aber an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ich den Zeitrahmen nach den bisherigen Erfahrungen in unserer Republik mit solchen Bauwerken für sehr ambitioniert halte.

So weit, so gut. Eigentlich, wenn da nicht noch die Sanierung des Rendsburger Kanaltunnels wäre, der einzigen Ausweichmöglichkeit, um den Kanal zu queren, wenn die A7 versagt. Die Sanierungsmaßnahme dieses Tunnels, die schon eine 8-jährige Vorlaufzeit in der Planung hatte, begann 2011,

sollte eigentlich bis Ende 2013 vollzogen sein. Bis 2013! Jetzt sagt man uns, dass erst im kommenden Jahr, 2016, 3 Jahre später, 3 Jahre mit täglichen Staus, die erste Röhre saniert sein wird. 2011 bis 2016 für eine Röhre, die Oströhre. Und dann, man höre und staune, soll eine Sanierungsunterbrechung von bis zu einem weiteren Jahr erfolgen, um aus den Erfahrungen zu lernen, bevor die zweite Röhre in Angriff genommen wird. Setzt man die gleiche Zeit wie für die erste Röhre an, wären wir mit der Fertigstellung im Jahr 2021. Abgesehen davon, dass jeder Tag Baustelle allein der Rendsburger Wirtschaft 50.000 € Schaden zufügt, ist der Kanal selbst vor mehr als 100 Jahren innerhalb von nur sieben Jahren gebaut worden, der Bau des Tunnels in den 50er Jahren brauchte nur dreieinhalb Jahre und jetzt brauchen wir für die Sanierung dieses kleinen Tunnels mehr als 10 Jahre, das ist nicht hinnehmbar und eigentlich ein Skandal.

Sehr geehrter Herr Bundesverkehrsminister,

Ihr Staatssekretär Enak Ferlemann hat sich schon sehr ernsthaft diesem Problem gewidmet, die Rechnung anscheinend aber leider ohne die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und die Generalunternehmer gemacht. Heute sitzen hier im Auditorium nicht nur die vielen Verantwortlichen des Kreises, der Stadt und der Umlandkommunen, sondern viele Unternehmerinnen und Unternehmer, denen Sie, sehr geehrter Herr Minister, in Ihrem folgenden Beitrag Mut machen können, dass diese überaus belastende Situation endlich beendet wird. Bitte setzen Sie alles daran, dass die Kanaltunnelsanierung in Rendsburg vollständig beendet ist, bevor mit dem Abriss der Rader Hochbrücke entlang der A7 begonnen wird.

Sehr geehrter Bundesverkehrsminister,

machen Sie dies zur Chefsache, – nicht nur die norddeutsche, sondern auch die skandinavische Wirtschaft wird es Ihnen danken!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe diese Beispiele bewusst genannt. Sie sind symptomatisch für den Zustand unserer Straßenverkehrsinfrastruktur in Deutschland. Brückensperrungen gibt es nicht nur bei uns in Schleswig-Holstein, sie gibt es auch in allen anderen Bundesländern, allen voraus Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz. Auf Autobahnen und Bundesstraßen erzwingen Schlaglöcher Tempolimits - ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort sieht anders aus!

Noch in diesem Jahr werden Sie, sehr geehrter Herr Bundesverkehrsminister, eine Liste mit allen Verkehrsprojekten vorlegen, die der Bund bis 2030 bauen will. Unterdessen haben sich die Koalitionäre in Berlin darauf verständigt, den überwiegenden Teil des für Straße eingeplanten Geldes, mindestens 65 %, in den Erhalt von Straßen und Brücken zu stecken, sprich: Reparaturen vorzunehmen. In einem aufrüttelnden Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestages hat der Bundesrechnungshof deutlich gemacht, dass diese Planung nicht aufgeht. Nur in den Jahren 2009 und 2013 ist es in Berlin gelungen, die notwendigen Erhaltungsmittel zur Verfügung zu stellen, insgesamt aber hat der Bund von 2001 bis 2015 viel zu wenig in den Erhalt der Straßen investiert. Ihr Ministerium benennt in der Erhaltungsprognose für die Zeit bis 2025 ein klares Ziel, nämlich „das Zustandsniveau des Jahres 2010 zu erhalten“.

Im Ergebnis heißt das ganz klar: Deutschland fährt weiter auf Verschleiß.

Der Bundesrechnungshof schließt in seinem Bericht - und ich kann dies 1:1 übernehmen - mit der Feststellung, dass auf diesem Niveau „die Bundesstraßen ihrer Aufgabe langfristig nicht gerecht

werden, was sich negativ auf Wohlstand und das Wirtschaftswachstum in Deutschland auswirken würde“. Trocken. Untertrieben, aber für uns leider gelebte Realität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
so geht das nicht, so fällt Deutschland, wie seit Jahren auch schon auf anderen Positionen, auf dem Weltmarkt weiter zurück. Noch ein weiterer Punkt, sehr geehrter Herr Bundesverkehrsminister, der der Bevölkerung, der Wirtschaft und unserer Landesregierung am Herzen liegt: Ihr Haus trägt nicht nur Verantwortung für den Verkehr, sondern auch für die digitale Infrastruktur.

Die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Arbeitswelt. Leitungen, Sendemasten und Satelliten sind heute das, was Straßen- und Schienenbau im 19. Jahrhundert waren. Die Digitalisierung durchdringt die gesamte Wertschöpfungskette immer schneller, alle Prozesse werden extrem beschleunigt, nicht nur in der Wirtschaft, auch die nicht ökonomisch geprägten Bereiche der Gesellschaft werden zunehmend schneller erfasst.

Der Markt nimmt dabei keine Rücksicht auf strukturschwache Gebiete, auf Unzulänglichkeiten der Erreichbarkeit oder der Bildung. In einem Flächenland, wie Schleswig-Holstein, besteht in Sachen digitaler Infrastruktur hoher Zeitdruck, wenn man nicht in der Entwicklung „abgehängt“ werden will, abgehängt von Arbeit, Kultur, und Freizeitangeboten, die eng an die digitale Entwicklung geknüpft sind. Festzustellen ist, dass die Infrastruktur für Digitalisierung bei uns nur in den Metropolen ausgeprägt ist. International hängen wir deutlich zurück, was Ausbau, Geschwindigkeit und Flächenversorgung angeht. Deshalb gibt es auch in unserem Flächenland eine Sogkraft in die Zentren, die noch verstärkt wird durch die mangelnde physische Erreichbarkeit in der Fläche.

Digitalisierung in der Fläche, das geht in einem ohnehin vom Staat stark geregelten Markt nicht nur marktwirtschaftlich, und volkswirtschaftliche Argumente für staatliche Maßnahmen auf diesem Feld gibt es hinreichend: Die demografische Entwicklung zeigt schon jetzt die Landflucht, und den Zuzug in die Ballungszentren. Es beginnt eine quasi Vergreisung strukturschwacher Gebiete. Das hat Konsequenzen, nicht nur auf die schulischen Bildungswege, auf Ausbildung und Arbeit in diesen strukturschwachen Gebieten, nein, auch auf den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur wie z.B. die Abwasserentsorgung. Es geht aber auch um gesundheitliche Versorgung, um Wissensverfügbarkeit, um Entwicklungs- und Teilhabechancen der Menschen in der Fläche.

Seit 2009 gibt es bundespolitisch das Ziel, 50 Mbit bis 2018 installiert zu haben. Der Wert mag 2009 gestimmt haben, aber aus heutiger Sicht ist das zu wenig, wir brauchen bereits jetzt deutlich mehr. Und diese 50 Mbit sind letztlich nur für den Download geplant, Unternehmen aber brauchen einen leistungsfähigen Upload, der sich langfristig wirtschaftlich nur mit Glasfaser gestalten lässt. Die Glasfaserverlegung selbst funktioniert zur Zeit insgesamt nach dem Prinzip „Rosinen picken“, die Telekom ist hier Spezialist, sie pickt sich die wenigen verdichteten Besiedlungen heraus, und überlässt anderen die teure Fläche. Für diese Gebiete, besonders in den Randlagen unseres Landes heißt das z.B., dass ansiedlungswillige Unternehmen mittlerweile Ihre Standorte nach Glasfaserverfügbarkeit aussuchen, und die gibt es in den Ballungszentren. Unbefriedigend ist dabei auch, dass es im Norden der Republik nicht einmal mehr ausreichend analoge Telefonanschlüsse gibt, da die alten Vermittlungsstellen der Telekom nicht mehr ausgebaut und auch keine neuen Kupferleitungen mehr gelegt werden. Betriebe warten zum Teil Monate auf einen Festnetzanschluss!

Die Landesregierung hat das Problem erkannt und entwickelt eine Agenda, wir werden sie dabei so gut es geht unterstützen. Doch gerade auf diesem Feld kann nicht alles von Kiel aus gelöst werden, vieles bedarf der Unterstützung Berlins.

Sehr geehrter Herr Bundesverkehrsminister, die norddeutsche Wirtschaft hofft nicht nur beim Ausbau der digitalen Infrastruktur, sondern vor allem auch beim Ausbau der Verkehrswege auf Ihre Unterstützung. Natürlich bin ich Lobbyist für die Wirtschaft im Norden. Aber eindeutig ist, dass viele unserer norddeutschen Verkehrsprojekte solche von nationaler oder europäischer Bedeutung sind. Das gilt nicht nur für die Brücken und Tunnel entlang der A7, das gilt auch für den weiteren Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, der Fahrrinnenanpassung der Elbe und des schienenseitigen Zugangs des Hamburger Hafens. Vor diesem Hintergrund sind wir nicht nur Lobbyisten für den Norden, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft, die Ihnen bereits jetzt für Ihre Unterstützung dankt.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren,
es gibt viel zu tun - packen wir es gemeinschaftlich kraftvoll an! Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, danke ich für Ihre aufmerksame Geduld.
Das Wort hat jetzt Ministerpräsident Torsten Albig.

Kiel, 07.07.2015